

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft**

**zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 5. Juli 2012  
– Drucksache 15/1907**

### **Denkschrift 2012 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg; hier: Beitrag Nr. 7 – Nutzung und Finanzierung von länder- übergreifenden IT-Programmen**

#### Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Von der Mitteilung des Rechnungshofs vom 5. Juli 2012 zu Beitrag Nr. 7 – Drucksache 15/1907 – Kenntnis zu nehmen.
- II. Die Landesregierung zu ersuchen,
  1. die Standardisierung von IT-Programmen (u. a. Verbundprogrammierung) und deren Wirtschaftlichkeit durch das Eingehen weiterer Kooperationen länderübergreifend voranzutreiben;
  2. sich aktiv in die Evaluierung der sogenannten Kieler Beschlüsse im Rahmen eines Auftrags des IT-Planungsrats einzubringen;
  3. darauf hinzuwirken, dass betriebswirtschaftlich sinnvolle und die Standardisierung von IT-Programmen fördernde Konditionen für deren Weitergabe und Nutzung sowie den Beitritt neuer Teilnehmer zu einem bestehenden Nutzerkreis zusammen mit den im IT-Planungsrat vertretenen Gebietskörperschaften entwickelt und abgestimmt werden, die bei künftigen Verhandlungen zu beachten sind;
  4. dem Landtag über das Veranlasste bis 30. Juni 2013 zu berichten.

18. 10. 2012

Der Berichterstatter:

Dr. Reinhard Löffler

Der stellvertretende Vorsitzende:

Dr. Markus Rösler

Ausgegeben: 22. 11. 2012

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet  
abrufbar unter: [www.landtag-bw.de/Dokumente](http://www.landtag-bw.de/Dokumente)*

*Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeich-  
net mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.*

## Bericht

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft beriet die Mitteilung Drucksache 15/1907 in seiner 21. Sitzung am 18. Oktober 2012. Als *Anlage* ist diesem Bericht eine Anregung des Rechnungshofs für eine Beschlussempfehlung des Ausschusses an das Plenum beigefügt.

Der Berichterstatter trug vor, er teile die Ausführungen des Rechnungshofs zu den sogenannten Kieler Beschlüssen, die Regelungen für den Austausch von IT-Programmen zwischen den Gebietskörperschaften enthielten. Auch alle übrigen Darlegungen des Rechnungshofs im vorliegenden Denkschriftbeitrag seien richtig, gingen jedoch nicht weit genug. Der Rechnungshof schreibe beispielsweise:

*IT-Programme der öffentlichen Hand müssen noch mehr als bisher gemeinsam entwickelt, betrieben und genutzt werden.*

Um aber fundamentale Verbesserungen zu erzielen, müsse bundesweit eine einheitliche IT-Strategie entwickelt werden. In diesem Zusammenhang seien z. B. Fragen nach Open Source, der Entwicklung UNIX-basierter Programme sowie der Gründung einer Public Cloud zu stellen. Über die Entwicklung der entsprechenden Programme ließe sich dann gemeinsam entscheiden.

Seines Erachtens bedürfe ein solches IT-Konzept zum einen einer Strategie. Zum anderen sei es über die Programmentwicklung anzugehen. Durch ein derartiges Vorgehen könnten im IT-Bereich sehr viele Mittel eingespart werden. Hierbei gehe es im Grunde um die Aufgabe eines Chief Information Officer (CIO), der in Baden-Württemberg aber noch immer nicht existiere, obwohl dessen Einsetzung von der SPD schon vollmundig angekündigt worden sei.

Ein Abgeordneter der SPD legte dar, der Rechnungshof habe bereits in vergangenen Legislaturperioden richtigerweise empfohlen, im IT-Bereich mehr zu tun. Inzwischen bestehe ein IT-Planungsrat auf Bundesebene, der nun zeigen könne, wozu er eingerichtet worden sei.

Die Regierungskoalition im Land kündige einen CIO nicht nur an, sondern setze ihn tatsächlich ein und harmonisiere damit auch die Beschaffungspolitik. Dafür wäre die Koalition von der Opposition an sich zu loben, nachdem sie insofern auch einem Antrag entspreche, den z. B. der Berichterstatter in der letzten Legislaturperiode gestellt habe. Dessen Begehren sei damals nicht erfüllt worden. Im Übrigen handle es sich um eine Frage der politischen Stringenz, wenn betroffene Stellen letztlich Gründe anführten, warum bestimmte Maßnahmen gerade bei ihnen nicht durchführbar seien.

Eine Abgeordnete der Grünen brachte zum Ausdruck, die Handlungsanforderungen gingen über das hinaus, was der Rechnungshof zu diesem Punkt konkret vorstelle. Selbstverständlich müsse mehr getan werden – dies erfolge auch –, als sich in die Evaluierung der Kieler Beschlüsse einzubringen. Sie erwarte in den nächsten Jahren Fortschritte und mehr Effizienz im IT-Bereich.

Der Staatssekretär im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft führte aus, eine bundesweit einheitlichere IT-Strategie wäre sicher absolut wünschenswert. Baden-Württemberg sei durchaus vorbildlich, was bundeseinheitliche Entwicklungen angehe. Er denke hierbei etwa an KONSENS, die koordinierte neue Softwareentwicklung der Steuerverwaltung. Die Abstimmung bei einem solchen Vorhaben sei ausgesprochen schwierig.

Er habe allerdings gewisse Hemmungen, offensiv eine bundesweit einheitliche IT-Strategie zu fordern, da Baden-Württemberg aufgrund der Praxis in den vergangenen Jahrzehnten mitnichten über eine einheitliche IT-Strategie verfüge. Die Landesregierung werde ihre Absicht umsetzen, die IT einheitlich zu strukturieren. Sie habe auf diesem Weg bereits einige Hindernisse, die seit Langem bestanden hätten, beseitigt und werde auch einen CIO einsetzen.

Bei einem Projekt von dieser Dimension könne der Landesregierung nicht vorgehalten werden, dass sie nach anderthalb Jahren Regierungszeit noch kein fertiges Konzept besitze und den CIO noch nicht etabliert habe. IT gebe es auch in der Landesverwaltung schon seit Jahrzehnten und hätte von Anfang an besser gebündelt werden können. Dem komme die Landesregierung jetzt nach. Sie hole im IT-Bereich das nach, was über Jahrzehnte hinweg versäumt worden sei. Die Landesregierung werde auch die noch verbleibenden Hindernisse beseitigen und dann eine Struktur formen, von der er fast sicher sei, dass sie bundesweit vorbildlich sein werde.

Die Abgeordnete der Grünen erklärte, nach dem Beschlussvorschlag des Rechnungshofs (*Anlage*) solle die Landesregierung bis 30. Juni 2013 über das Veranlasste berichten. Sie interessiere mit Blick auf die Evaluierung der Kieler Beschlüsse, ob sich zu diesem Termin tatsächlich schon viel Neues mitteilen lasse.

Ein Vertreter des Innenministeriums gab bekannt, die Arbeitsgruppe, die zur Evaluation der Kieler Beschlüsse eingesetzt worden sei, lege Ende 2012 einen ersten Bericht vor. Mit diesem werde sich der IT-Planungsrat voraussichtlich im März 2013 befassen.

Die Abgeordnete der Grünen merkte an, somit könne es bei dem von ihr zuvor aufgegriffenen Berichtstermin bleiben.

Daraufhin stimmte der Ausschuss dem Beschlussvorschlag des Rechnungshofs (*Anlage*) ohne förmliche Abstimmung zu.

08. 11. 2012

Dr. Reinhard Löffler

**Anlage**

**Rechnungshof  
Baden-Württemberg**

**Denkschrift 2012  
Beitrag Nr. 7/Seite 83**

**Anregung**

**für eine Beschlussempfehlung  
des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft**

**zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 5. Juli 2012  
– Drucksache 15/1907**

**Denkschrift 2012 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes  
Baden-Württemberg;  
hier: Beitrag Nr. 7 – Nutzung und Finanzierung von länderübergreifenden  
IT-Programmen**

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Von der Mitteilung des Rechnungshofs vom 5. Juli 2012 zu Beitrag Nr. 7 – Drucksache 15/1907 – Kenntnis zu nehmen.
- II. Die Landesregierung zu ersuchen,
  1. die Standardisierung von IT-Programmen (u. a. Verbundprogrammierung) und deren Wirtschaftlichkeit durch das Eingehen weiterer Kooperationen länderübergreifend voranzutreiben;
  2. sich aktiv in die Evaluierung der sogenannten Kieler Beschlüsse im Rahmen eines Auftrags des IT-Planungsrats einzubringen;
  3. darauf hinzuwirken, dass betriebswirtschaftlich sinnvolle und die Standardisierung von IT-Programmen fördernde Konditionen für deren Weitergabe und Nutzung sowie den Beitritt neuer Teilnehmer zu einem bestehenden Nutzerkreis zusammen mit den im IT-Planungsrat vertretenen Gebietskörperschaften entwickelt und abgestimmt werden, die bei künftigen Verhandlungen zu beachten sind;
  4. dem Landtag über das Veranlasste bis 30. Juni 2013 zu berichten.

Karlsruhe, 2. Oktober 2012

gez. Günter Kunz

gez. Ria Taxis